

BESPRECHUNGEN

POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

Hegelich, Simon. *Herrschaft – Staat – Mitbestimmung*. Wiesbaden. Springer VS 2013. 221 Seiten. 39,99 €.

Als staatstheoretisch interessierter Politikwissenschaftler erschrickt man unweigerlich, wenn man im Inhaltsverzeichnis der Arbeit von *Simon Hegelich* über „Herrschaft – Staat – Mitbestimmung“ entdeckt, dass hier eine staatstheoretische Analyse vorgenommen werden soll, bei der sich große Teile mit der Riester-Rentenreform 2001 und der Finanzmarktrettung befassen – das alles klingt auf den ersten Blick arg praktisch und weckt den Verdacht, es hier eigentlich mit einer theoretisch getarnten Policy-Analyse zu tun zu haben. Die Lektüre zerstreut diesen Verdacht nicht nur, sondern zeigt, dass *Hegelich* sich in einer großen staatstheoretischen Tradition befindet: in derjenigen, die nicht angetreten ist, um eine Staatstheorie zu schreiben, sondern in der empirische, systematische und vergleichende Analysen dazu geführt haben, aus diesen staatstheoretischen Erkenntnisse zu formulieren oder zu rekonstruieren. Trotz einiger noch im Detail zu benennender Mängel der Arbeit von *Hegelich* kann er damit durchaus mit Fug und Recht für sich in Anspruch nehmen, die staatstheoretische Diskussion um eine empirisch fundierte Perspektive angereichert zu haben, die weder auf der rein deskriptiven Ebene empirischer Policy-Analysen verbleibt, noch dem Manko so

manch staatsphilosophischer Arbeiten anheimfällt, vor normativer Reflexivität die empirische Wirklichkeit zu übersehen.

So beginnt *Hegelich* auch mit einem nüchternen Blick auf Stand und Zustand politik- und sozialwissenschaftlicher Staatsforschung, die sich kurz dahingehend zusammenfassen lässt (auf der Basis einer quantitativen Analyse zentraler politik- und sozialwissenschaftlicher Zeitschriften im Zeitraum von 1960 bis 2009), dass der Staat eine unumgehbare Kategorie politikwissenschaftlicher Analyse ist, sozusagen ihr seismografisches Zentrum, dass der Staat aber zugleich nur konjunkturell im Zentrum der Aufmerksamkeit steht und sich das politikwissenschaftliche Interesse fast immer auch und sogar nachhaltiger um andere Kategorien zentriert. Eine unaufgeregte empirische Erkenntnis, die sowohl Befürworter wie Kritiker einer staatsfokussierten Politikwissenschaft nachdenklich stimmen sollte.

Überhaupt ist die Arbeit von *Hegelich* angenehm unaufgereggt. Sehr sachlich setzt er sich mit den staatstheoretischen Reflexionen von Hegel und Marx – seiner beiden wesentlichen Gewährsmänner – auseinander, verfällt dabei aber nicht einem naiven Glauben an das Basis-Überbau-Paradigma, wie es noch in den marxistischen Staatsableitungsdebatten der 1970er Jahre anzutreffen war (warum *Hegelich* den Begriff der Staatsableitung trotz seiner Kritik für sich positiv reklamiert, bleibt für den Rezensenten allerdings nebulös). Er rekonstruiert stattdessen einerseits in einer dekonstruktiven Auseinandersetzung mit aktuellen, von *Hegelich* als postmodern charakterisierten Zeitdiagnosen einer „Zerfaserung“ beziehungsweise eines Bedeutungsverlustes von

Staatlichkeit, andererseits in einer ideengeschichtlichen Herausarbeitung der dialektischen Potenziale von Hegel und Marx (und ein Stück weit auch von Poulantzas) seinen Vorschlag der theoretisch-empirischen Fassung des modernen Staates in der dialektischen Ambivalenz von Dominanz und Partizipation vor der Folie eines „Endes der Post-Moderne“ (17). Die gleichsam einfache, wie geniale (freilich auch von anderen zirkulierte) Idee liegt dabei darin, dass der Staat nicht als Zustand, sondern als Prozess begriffen wird, dessen symptomatische Signifikanz in seiner Dialektik liegt, die weder in die eine, noch die andere Richtung aufgelöst werden kann. Die theoretische Stärke dieser Überlegung ist konkrete empirische Ausprägungen von Staatlichkeit in diesem dialektischen Verhältnis fassen und interpretieren zu können – womit substantielle, wie funktionelle Perspektiven in die Staatstheorie integrierbar werden.

Damit greift *Hegelig* das Programm von Franz L. Neumann auf – allerdings ohne diesen ernsthaft zu rezipieren, was die große Schwachstelle der Arbeit ist, oder, positiv gewendet, zu ihrem Potenzial für eine Weiterentwicklung werden könnte. Denn von Neumann stammt, in Langfassung in seiner zweiten Promotion entwickelt und in Kurzfassung in dem Aufsatz über den „Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ von 1937 veröffentlicht, der Gedanke einer empirischen Transformation staatstheoretischer Reflexionen aufgrund von realpolitischen Transformationsprozessen sozialer Vergesellschaftung – bei Neumann noch begrifflich als das dialektische und unauflösbare Spannungsfeld von Souveränität und Freiheit gefasst, von *Hegelig* in die

Kategorien Dominanz und Partizipation übertragen. Liest man die Lücke als Potenzial, dann wären genau an einer neopluralistischen Schärfung von *Hegelichs* Erkenntnissen weitere Ansatzpunkte für eine empirisch fundierte Staatstheorieforschung, die substantiell auf Souveränität und Freiheit beziehungsweise Dominanz und Partizipation hin orientiert.

Zum Abschluss nicht verschwiegen werden soll aber auch, dass *Hegelig*s empirische Analysen für sein Anliegen überaus aufschlussreich sind. Denn das empirische Material unterlegt die These des dialektischen Verhältnisses von Dominanz und Partizipation in prozessualer Hinsicht durch eine Analyse des „von oben“ dominierten „Policy-Cycles“ (80ff.) im Spannungsfeld von Programmanspruch, Programmumsetzung und Programmrealisierung mit Blick auf die Riester-Reform 2001, wie auch mit Blick auf das „Policy-Subsystem der Finanzmarktrettung“ (S. 127ff.), das durch seine Unterscheidung zur Finanzmarktregelung markiert und in dieser Differenzierung deutlich gemacht wird, dass eine zunächst auf ein „(finanzstarkes) Partikularinteresse“ (S. 124) gerichtetes Programm gemeinwohlorientiert modifiziert wurde und insofern der dialektische Prozess auch andersherum fassbar ist.

Samuel Salzborn

Blühdorn, Ingolfur. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin. Suhrkamp Verlag 2013. 304 Seiten. 20,00 €.

Es gehört zum rhetorischen Standardrepertoire realistischer DemokratietheoretikerInnen, sich selbst als bedroht zu inszenieren, permanent bedrängt